

S7 Bundesombudsstelle

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Fasse den § 20 der Satzung des Bundesverbandes wie folgt neu:
- 3 § 20 Bundesombudsstelle (BOS)
- 4 1. Die Bundesdelegiertenversammlung wählt auf Vorschlag eines Landesverbandes
5 die zwei Ombudspersonen der Bundesombudsstelle. Die Ombudspersonen sollen
6 unterschiedlichen Geschlechts sein. Ihre Amtszeit entspricht der des
7 Bundesvorstandes.
- 8 2. Die Bundesombudsstelle gibt sich im Einvernehmen mit dem Bundesausschuss
9 eine Geschäftsordnung zur Regelung ihrer Arbeitsweise. Die
10 Bundesdelegiertenversammlung wählt für beide Ombudspersonen jeweils einen
11 Stellvertreter.
- 12 3. Die Ombudspersonen dürfen kein Amt im Bundesvorstand oder dem
13 Bundesschiedsgericht innehaben und dürfen nicht ordentliche Mitglieder im
14 Bundesausschuss, Angestellte dieser Organe oder diesen gegenüber in
15 sonstiger Weise weisungsgebunden sein. Sie gehören weder dem
16 Bundesvorstand noch dem Bundesausschuss an.
- 17 4. Die Ombudspersonen dienen als Ansprechpartner und Vertrauenspersonen für
18 die Mitglieder in Konfliktfällen sowie in Fällen von Belästigung oder
19 Diskriminierung.
- 20 5. Die Ombudspersonen sind zur Geheimhaltung der ihnen anvertrauten
21 Sachverhalte verpflichtet und agieren nur in Absprache mit den
22 Mitgliedern, die sie angerufen haben. Sie können nicht verpflichtet
23 werden, Sachverhalte offenzulegen. Die Ombudspersonen erstatten dem
24 Bundesausschuss in angemessen anonymisierter Weise über ihre Arbeit
25 Bericht.
- 26 6. Die Ombudspersonen können in entsprechenden Fällen zwischen Mitgliedern,
27 gegenüber dem Bundesvorstand sowie den Landesvorständen als Mediatoren
28 auftreten. Sie können in entsprechenden Fällen Handlungsempfehlungen für
29 den Bundesvorstand, den Bundesausschuss, die Landesvorstände oder übrigen
30 Gliederungen aussprechen. Die jeweiligen Organe sind dazu verpflichtet,
31 sich mit den Handlungsempfehlungen zu befassen und über einen Beschluss
32 derselben zu befinden.
- 33 7. Soweit der Bundesvorstand, der Bundesausschuss oder die Landesvorstände
34 Kenntnis von Sachverhalten im Aufgabenbereich der Ombudspersonen erlangen,
35 sollen die Ombudspersonen hinzugezogen werden. Die Ombudspersonen können

36 den Bundesvorstand, den Bundesausschuss oder den Vorstand eines
37 betroffenen Landesverbandes in Konfliktfällen anrufen.

38 8. Die Bundes-Ombudsstelle soll für die Bundesdelegiertenversammlung, die
39 Gruppenvorsitzendenkonferenz sowie bei Bedarf für weitere Veranstaltungen
40 des Bundesverbandes veranstaltungsbezogene Vertrauenspersonen ("Awareness-
41 Team") in Absprache mit dem Bundesausschuss benennen. Nimmt die Bundes-
42 Ombudsstelle keine Benennungen vor, so fällt dies dem Bundesausschuss zu.
43 Die Vertrauenspersonen sind bei Angelegenheiten nach Absatz 4 im Rahmen
44 der betreffenden Veranstaltung dazu berechtigt, gegenüber dem
45 Bundesvorstand Handlungsempfehlungen, insbesondere für Ordnungsmaßnahmen,
46 auszusprechen, über die der Bundesvorstand unverzüglich zu befinden hat.
47 Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Bundes-Ombudsstelle.

Begründung

48 Entfällt